

Anlage 1

An den
Direktor der
Landwirtschaftskammer

.....
als Landesbeauftragter
über den Geschäftsführer der Kreisstelle
.....
als Landesbeauftragter im Kreise

Betr.: Liquiditätshilfe für rinderhaltende Betriebe

Bezug: Runderlass des Ministeriums für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

1. Antragsteller

Name, Bezeichnung:					
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort				
Bankverbindung:	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Konto-Nr.</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Bankleitzahl</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding-top: 5px;">Bezeichnung des Kreditinstituts</td> </tr> </table>	Konto-Nr.	Bankleitzahl	Bezeichnung des Kreditinstituts	
Konto-Nr.	Bankleitzahl				
Bezeichnung des Kreditinstituts					

2. Maßnahme

Liquiditätshilfe für rinderhaltende Betriebe, die infolge der BSE-Krise in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind.

3. Gesamtkosten

Aufgenommenes Kapitalmarktdarlehen lt. beiliegendem Darlehensvertrag	
Beantragte Zuwendung/DM	

4. Erklärungen des/der Antragsteller(s)

4.1 Ich erkläre/wir erklären, dass

4.1.1 auf meinem/unseren landwirtschaftlichen Betrieb Rinder gehalten werden,

4.1.2 ich/wir ein Darlehen von der landwirtschaftlichen Rentenbank zur Liquiditätssicherung rinderhaltender Betriebe aufgenommen haben. Eine Kopie des Darlehensvertrages ist diesem Antrag beigelegt. Mir ist bekannt, dass eine vorzeitige Tilgung dieses Darlehens zu einer anteiligen Reduzierung des Zuschusses nach diesen Richtlinien führt.

4.1.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das

Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV.NW.74)) sind,

- 4.1.4 mir/uns bekannt ist, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV.NW.2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind,
- 4.1.5 mir/uns bekannt ist, dass von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- 4.1.6 ich/wir damit einverstanden bin/sind, dass die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes zur Entscheidung über diesen Antrag beiziehen kann,
- 4.1.7 ich/wir damit einverstanden bin/sind, dass die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal das Betretungsrecht, das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen werde(n),
- 4.1.8 mir/uns bekannt ist, dass die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 1 EuroEG NW zu verzinsen.
- 4.1.9 ich/wir damit einverstanden bin/sind, dass die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind.

.....
(Ort/Datum)

.....
(Unterschrift des/der Antragsteller(s))

5. Ergebnis der Prüfung durch den Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter im Kreise

Die Angaben der/des Antragsteller(s) wurden überprüft, entgegenstehende Tatsachen wurden nicht bekannt.

Folgende entgegenstehende Tatsachen wurden bekannt:

.....
.....
.....
.....

.....
(Ort/Datum)

.....
(Unterschrift des Geschäftsführers der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter im Kreise)